Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile $1\frac{1}{4}$ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 355. Montag den 23. Dezember 1850.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fond-Course und Produkte.

Paris. 19. Dezember, Abends 8 Uhr. Von der Legislativen werden beim Gesetz über den Wucher, Anträge auf verschärfte Strafen angenommen.

Auf dem Bankette, welches Dupin zu Ehren des Präsidenten der Republik gab, sagte Letzterer: Möge die Eintracht der Staatsgewalten auch in ruhiger Zeit fortdauern, und dadurch alle Zwietracht schwinden.

Das Gerücht, daß der Graf von Chambord zwölf neue Vertrauensmänner gewählt habe, ist falsch.

Man erwartet die Demissionen Defosses und Bineaus.

In Mexiko ist Arista Präsident geworden.

Paris, 19. Dezember, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 65. 5% 95, 30.

Paris, 20. Dezember, Abends 8 Uhr. In der Legislativen wird die 2. Lesung des algierischen Handelsprojekts beschlossen. — Eine Interpellation an den Kriegsminister wurde auf Morgen verschoben. — Für den Rentenverkauf hat Rothschild im Disconto-Comptoir einen Concurrenten erhalten.

Paris, 20. Dezember, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 90. 5% 95, 70.

Madrid, 14. Dezember. Heute wurde das Budget vorgelegt; das Defizit beträgt 183 Millionen Realen.

Madrid, 15. Dezember. Eine Budget-Debatte fand nicht statt. Die Steuern sind provisorisch bewilligt worden. Das Defizit wird durch Anticipation 1852 gedeckt; im Jahre 1852 findet deshalb keine Zinsenzahlung statt.

Hamburg, 21. Dezember, Nachmittag 2 Uhr 30 Minut. Getreide, Oel, Kaffee ohne Geschäft. Zink 3000 Ctnr. loco $9\frac{5}{8}$, 5000 Ctnr. Frühjahr 10.

Stettin, 21. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen $35\frac{1}{4}$ bez., p. Frühjahr $37\frac{1}{4}$ Gld. Rüböl $10\frac{7}{12}$ Gld., p. Winter $10\frac{3}{4}$ Br. Spiritus $23\frac{1}{4}$, p. Frühjahr $21\frac{1}{2}$ Gld.

Amsterdam, 20. Dezember, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Raps p. Oktober 58. Rüböl p. Frühjahr 35, p. Oktober $34\frac{1}{2}$.. Roggen geschäftslos.

** Telegraphische Depesche.

Der Wiener Zug ist bis jetzt 10 Uhr 45 Minuten Vormittags noch nicht angekommen. Der Zug ist daher von hier nach Breslau bereits abgegangen, ohne den Wiener Zug abzuwarten.

Ratibor, den 22. Dezember 1850.

Preußen.

Berlin, 21. Dezember. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, dem großherzoglich badischen Hofrathe Adolph Holtzmann zu Karlsruhe den rothen Adlerorden dritter Klasse; sowie dem Unteroffizier Matusch der 6ten Pionnier-Abtheilung, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; den bisherigen Landrathsamts-Verweser v. Schlottheim zum Landrathe; den Landgerichts-Assessor Settegast zum Landgerichts-Rathe bei dem Landgerichte zu Koblenz zu ernennen.

Abgereist: Se. Excellenz der großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Staats-Minister, Graf v. Bülow, nach Schwerin.

Nach dem heutigen Militär-Wochenblatte sind Tschierschki I. v. Prittwitz, Hauptleute von der zweiten, Pagenstecher, Hauptmann von der 3. Ingen.-Inspektion, zu überzähligen Majors, unter Versetzung zum Stabe des Ingenieur-Korps, v. Zastrow, Hauptmann vom 9ten Infanterie-Regiment, zum Major ernannt, Fromman, Hauptmann à la Suite der 3ten, Maresch, Hauptmann von der 2ten Ingenieur-Inspektion, kommandirt zur Dienstleistung bei der Ingenieur-Abtheilung des allgemeinen Kriegs-Departements, Beide als Majors, Geppert, Hauptmann à la Suite des 5ten Artillerie-Regiments, Haering, Hauptmann à la Suite der 1sten Ingenieur-Inspektion, Beide kommandirt zur Dienstleistung bei der Marine-Abtheilung des Kriegs-Ministeriums, Ersterer als Major, sämmtlich ins Kriegs-Ministerium versetzt worden.

Dasselbe Blatt enthält die Verordnung, betreffend die Verrechnung der Kosten für die Beförderung von Truppen auf Eisenbahnen und Dampfschiffen, desgleichen, betreffend die Ausfertigung von Requisitions-Scheinen für die auf der Eisenbahn zu befördernden Truppen 2c.

§§ **Berlin**, 21. Dezember. [Das Trauerspiel in Kurhessen] scheint seinem Ende entgegenzugehen. Es soll sich abermals in Deutschland bestätigen, daß Gewalt vor Recht geht. Eine von dem deutschen Bunde garantirte Verfassung ist mit Zustimmung einer Versammlung, die sich anmaßt, eben diesen deutschen Bund zu repräsentiren, auf das schreiendste verletzt worden. Noch mehr, ein in den Annalen der neuern Geschichte unerhörtes Faktum hat sich zugetragen, Richter sind durch Gewalt gezwungen worden, ihre nach Pflicht und Gewissen erlassenen Entscheidungen zurückzunehmen. Das deutsche Volk wird dies nicht vergessen. Es wird nicht vergessen, daß unter Oesterreichs Vortritt die Regierungen von Baiern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Strelitz, Darmstadt, Kassel, den rechtlich aufgelösten Bundestag wieder hergestellt, und dessen bekannte Bestrebungen consequent fortsetzen. Herr v. Blittersdorff, gegenwärtig einer der Hauptagenten des reactivirten Bundestags schrieb im Anfange des Jahres 1848 einem seiner Kollegen: „Bei dem jetzigen Zustande, würde ich es für wahrhaft lächerlich halten, wenn man einen Prozeß wegen Hochverrath und Verläumdung gegen den Bund, anstrengen wollte; die Richter würden am Ende sagen, der Bund verdiene nichts besseres, als was ihm jetzt geschehe." Wir möchten Herrn v. Blittersdorff fragen, ob er meint, daß der neuerstandene Bundestag etwas gethan habe, was die Richter heute veranlassen könnte, anders zu sprechen, als Herr v. Blittersdorf vor 3 Jahren besorgte? — Mehr als alles dies aber betrübt uns die Stellung, welche die preußische Regierung jenem Treiben in Kurhessen gegenüber eingenommen hat. Nach den mündlichen Erklärungen des Herrn v. Manteuffel, und nach den Aeußerungen in der Denkschrift zur Olmützer Punktation hätte man wenigstens annehmen dürfen, daß Preußen nicht zugeben würde, daß von der Frankfurter Versammlung fernerhin einseitig vorgegangen würde. Die neuesten Nachrichten aus Kassel lassen leider kaum noch einen Zweifel übrig, daß der preußische Kommissarius, General Peucker, lediglich dazu bestimmt scheint, ruhig zuzusehen, wie Oesterreich und Baiern das gekränkte hessische Volk unter das Joch seiner Bedränger zurückführen. Unser preußisches Gefühl empört sich bei dem Gedanken, daß wir auf das Niveau einer schmählichen Neutralität herabgedrückt sind, während Baiern die Rolle des Friedensstifters übernimmt. An die Vorgänge im Herbst wagen wir kaum noch zu erinnern. Herr v. Radowitz erklärte freilich damals, daß die hessische Regierung, ehe sie zu jenen Ausnahmemaßregeln schritt, zuvor die verfassungsmäßigen Mittel hätte erschöpfen müssen. Hr. v. Radowitz war Mitglied des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, und sämmtliche Mitglieder dieses Kabinets, also auch Hr. v. Manteuffel haften solidarisch für die Acte des damaligen Ministers des Auswärtigen. Wir fragen nun, mit welchem Rechte Herr von Manteuffel jetzt verlangt, daß dieselben Septemberverordnungen von den hessischen Bürgern anerkannt werden, die er und seine Kollegen vor wenigen Monaten als nicht verfassungsgemäß bezeichnet, mit welchem Schein von Recht er eine Execution zuläßt, die er und seine Kollegen als ungehörig bezeichnet, weil die verfassungsmäßigen Mittel, den Konflikt zu beseitigen, nicht erschöpft waren?

C. B. **Berlin**, 21. Dezbr. [Tagesneuigkeiten.] Herr v. Manteuffel wird seine Reise nach Dresden schon morgen früh 9 Uhr antreten. Nach einer aus Wien hier eingetroffenen Depesche wird Fürst Schwarzenberg morgen gleichfalls in Dresden anlangen und darauf zu vorläufigen Berathungen mit Hrn. v. Manteuffel zusammentreten. — Die ministerielle C. C. meldet ebenfalls: „Der Herr Minister-Präsident v. Manteuffel wird morgen, den 22. um 9 Uhr Morgens, nach Dresden abgehen und daselbst bis Neujahr verweilen. Zur Wiedereröffnung der Kammern wird Se. Excellenz in Berlin sein, später aber wahrscheinlich noch einmal nach Dresden reisen, um an den dortigen Konferenzen Theil zu nehmen."

Heute Vormittag fand eine Sitzung des Staatsministeriums statt, welche man mit der Abreise des Minister-Präsidenten und mit den in Dresden zur Frage und Entscheidung kommenden Angelegenheiten in Zusammenhang bringt.

Hr. v. Manteuffel soll heut noch eine Audienz bei Sr. Majestät dem Könige haben. — Wie man uns sagt, hätten Se. Majestät in der letzten Zeit mehrfach hervorgehoben, daß es nothwendig sei bis zum 3. Januar irgend zu einem Resultate zu gelangen, das den Kammern notifizirt werden könne. —

Heute früh fand wiederum eine Besichtigung der Artillerie durch Se. königl. Hoheit den Prinzen Adalbert statt. —

Wie man hört, dürften der jetzigen Reconstituirung des Kabinets auch einige andere neue Ernennungen folgen. So erzählt man, daß der Ministerialdirektrr v. Puttkammer aus seiner jetzigen Stellung scheiden und die eines Oberpräsidenten erhalten würde, und zwar nennt man die Provinz Pommern als den neuen Wirkungskreis des Herrn v. Puttkammer. Der bisherige Oberpräsident dieser Provinz, Herr v. Bonin, hat schon früher mehrfach seine Entlassung nachgesucht und soll neuerdings dies Gesuch wiederholt haben.

Se. Majestät der König haben gestern nach Charlottenburg zum Diner befohlen den Herrn Ministerpräsidenten und die sämmtlichen (Unions-) Bevollmächtigten der Verbündeten Preußens, aus Veranlassung der Abreise derselben nach Dresden.

Das Ministerium für landwirhschaftliche Angelegenheiten wird auch ferner dem Ministerium des Innern untergeordnet bleiben. Man scheint dies Ministerium nicht besonders besetzen zu wollen, weil es in seiner gegenwärtigen Gestaltung einem Minister nicht entsprechende Arbeit biete, und weil man auf der andern Seite Anstand nimmt, durch wiederholte Ressortveränderungen den Weg des Versuchens, der Doktrin zu beschreiten.

Außer dem Grafen v. Flemming wird auch der Kanzleirath de la Croix aus dem Dechiffrir-Bureau den Grafen v. Alvensleben nach Dresden begleiten. (N. Pr. Z.)

Die „V. Z." will wissen, daß die Dresdener Konferenzen Montag Vormittag den 23. durch einen Vortrag des Fürsten Schwarzenberg, der jedoch nicht in der Eigenschaft eines österreichischen Bevollmächtigten, sondern nur in der des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten sprechen wird, eröffnet werden.

Der neu ernannte Minister des Innern, Herr v. Westphalen, war längere Zeit Regierungs-Vicepräsident in Stettin und wurde im vorigen Jahre zum Regierungspräsidenten in Liegnitz ernannt. Der Kultusminister Herr v. Raumer hat bis zum Jahre 1845 das Regierungs-Vicepräsidium in Königsberg in Pr. und bis zum April 1848 das Regierungspräsidium in Köln verwaltet. Seitdem stand er der Regierung in Frankfurt a. O. vor. (V. Z.)

[Eine Abschieds-Versammlung.] Heute Mittag um 12 Uhr hatte der bisherige Minister der geistlichen 2c. Angelegenheiten, Herr v. Ladenberg, die Direktoren, vortragenden Räthe und Hülfsarbeiter sämmtlicher Abtheilungen des Ministeriums zu einer Abschiedsversammlung eingeladen. — Bei der großen Liebe und dem seltenen Vertrauen aller Mitglieder, welches sich der scheidende Chef in seiner langjährigen Thätigkeit in dem Kultus-Ministerium erworben hatte, mußte diese letzte Zusammenkunft den Charakter einer ernsten und tiefen Wehmuth tragen. — Bald nach 12 Uhr erschien Herr v. Ladenberg unter den im großen Sitzungssaale des Ministeriums versammelten Mitgliedern und richtete an sie einige herzliche Worte etwa folgenden Inhalts: „Ich habe heute eine schmerzliche Pflicht unter Ihnen zu erfüllen, ich habe Ihnen Lebewohl zu sagen. Se. Majestät, mein allergnädigster König haben geruht, mich auf mein Ansuchen von der Leitung des Ministeriums zu entbinden. Se. Majestät haben zugleich die Gnade gehabt, mich aus dem Staatsdienste nicht scheiden zu lassen. Ich kann natürlich auf die Gründe, welche mich zu meinem Gesuch bewogen haben, nicht näher eingehen, ich kann nur erwähnen, daß meine Auffassung von Preußens Ehre und Wohl mir den schweren Schritt gebot. Ich kann mich in meiner Auffassung irren, aber meine Pflicht als treuer Diener meines Königs gebot mir, den Gefühlen gemäß zu handeln, welche ich in der Brust trug. Es war für mich, ich brauche es Ihnen kaum zu wiederholen, ein sehr schwerer Entschluß, um so schwerer, je theurer mir die Wirksamkeit in dem Ressort war, welches ich zu verlassen habe. Seit 12 Jahren bin ich in demselben unablässig thätig gewesen, und in dieser ganzen Zeit habe ich mich nicht blos Ihrer objektiven, sondern ich darf es wohl sagen, auch Ihrer subjektiven Unterstützung zu erfreuen gehabt. Indem ich von Ihnen scheide, wünsche ich von Herzen, daß es Ihnen gegeben sei, mit demselben Geiste der Freudigkeit, der Hingebung und des Gottvertrauens an der weiteren Entwicklung der Volksbildung und der Wissenschaft, welche Ihrer Pflege übergeben ist, und insoweit es von hier aus noch geschehen kann, für das Wohl der Kirche zu arbeiten. Bewahren Sie mir bei dieser Thätigkeit ein freundliches Andenken, wie ich Ihnen immer treu ergeben sein werde." — Hierauf sprach das älteste Mitglied der Abtheilung des Ministeriums für die evangelischen Kirchenangelegenheiten, der wirkliche Ober-Konsistorialrath und Ober-Hofprediger Ehrenberg, etwa folgende Worte: „Ew. Excellenz dürfen versichert sein, daß diese Stunde für uns eine sehr schmerzliche ist. Ihnen folgt unsere Achtung und unsere Liebe. Wir ehren die Gründe, welche Sie zum Wunsche des Rücktritts geführt haben, wiewohl uns derselbe tief betrübt. Eine glanzvolle, große Stellung zu verlassen, das ist für den Ehrenmann kein Opfer; aber eine Stellung hinzugeben, in welcher man eine weit verbreitete, segensreiche, innerlich befriedigende Wirksamkeit ausübt, das ist ein Opfer, welches eines Ehrenmannes werth ist. Eine solche Wirksamkeit haben Ew. Excellenz gehabt und wir hätten gewünscht, daß Ihnen dieselbe bis ans Ende Ihrer Tage erhalten worden wäre. Sie dürfen mit Recht sagen, daß Sie auch unsere persönliche Unterstützung gehabt haben; denn wir haben mit wahrer Hochachtung gemeinsam mit Ihnen gewirkt, und unser Wunsch und unsere Hoffnung geht dahin, daß es wenigstens den Jüngeren unter uns noch gegeben sei, im Leben noch einmal mit Ihnen zu gemeinschaftlicher Thätigkeit zusammen zu kommen." — Im Namen der Unterrichts-Abtheilung und im Auftrage der Medizinal-Abtheilung sprach demnächst der interimische Direktor der ersteren, der geh. Ober-Reg.-Rath Dr. Johannes Schulze noch etwa Folgendes: „So betrübend für uns Alle Ew. Excellenz Scheidegruß ist, so ehren wir doch nicht blos ihren Beschluß, sondern in einer gewissen Beziehung freuen wir uns darüber. Wir freuen uns, daß Preußen Staatsmänner hat, welche ihrer Ueberzeugung von des Vaterlandes Wohl auch die theuerste Stellung zu opfern bereit sind. Wie immer man auch von der Ueberzeugung urtheile, gerade in unsern sturmbewegten Zeiten brauchen wir Staatsmänner von fester Ueberzeugung, um in einen sichern, sonnenbeleuchteten Port gelangen. Wir wissen, daß Ew. Excellenz Viel daran geben, denn wir wissen, mit welcher Liebe Sie an unserem Ministerium hingen. Wir haben in der langen Zeit gemeinsamer Thätigkeit den klaren Geist, das lebendige Interesse für das Große und für das Kleine, die ehrenwerthe Offenheit und die strenge Gerechtigkeitsliebe immer höher achten gelernt, mit welchen Ew. Excellenz die Arbeiten des Ministeriums geleitet haben, und wir werden bemüht sein, mit demselben Eifer und derselben Hingebung an der geistigen Entwickelung des preußischen Volkes fortzuarbeiten. Dabei werden wir Ihrer stets mit inniger Hochachtung gedenken, und wir bitten, daß Sie auch uns eine freundliche Erinnerung bewahren. Sind wir auch nicht mehr zusammen, so werden wir doch im Geiste beisammen sein." — Der Herr Minister dankte hierauf noch mit einigen Worten für die ihm ausgedrückten Gefühle und schloß: „Das Amt ist nun abgethan, aber lassen Sie mich noch zu Ihnen, als Menschen, die Bitte aussprechen, daß Sie mir Ihre Freundschaft bewahren. Wir wollen uns Alle immer als zusammengehörig betrachten: ein Jeder von Ihnen wird mich immer als seinen treuen Freund finden. So leben Sie den wohl." — Hierauf schied Se. Excellenz. Unter den Versammelten herrschte die tiefste Bewegung; denn es folgt dem scheidenden Minister die allgemeine Achtung und Liebe, wie es selten einem Chef gegeben war, sie zu erwerben. — Gleich darauf fand die Verabschiedung des Herrn Ministers von den Beamten der Bureaux des Ministeriums statt. (Ref.)

[Finanzielles.] Der Etat pro 1851 weist an direkten Steuer-Einnahmen die Summe von 20,361,750 Thlrn. nach. Die Einnahme an direkten Steuern pro 1850 betrug 20,339,180 Thlr. Es ist demnach im nächsten Jahre eine Mehreinnahme von 22,570 Thlrn. im Verhältniß zu den diesjährigen Einnahmen. Die Summe von 20,361,750 Thlrn. erwächst aus einer Grundsteuer-Einnahme von 10,109,525 Thlrn. (worin 32,292 Thlr. Beischlag zu den Justizkosten in der Rheinprovinz und 6604 Thlr. Beischlag zu dem Schulfonds im Regierungsbezirk Münster enthalten sind), ferner aus einer Klassensteuer-Einnahme von 7,548,917 Thlrn., aus einer Ersatz-Steuer für die in einzelnen früher mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten erfolgte Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer 117,086 Thlr., aus einer Gewerbe-Steuer von 2,567,714 Thlrn., aus Strafgeldern im Betrage von 7205 Thlrn. und an sonstigen Einnahmen von 11,303 Thlrn. — Die fortdauernden Ausgaben bei der Grundsteuer (für Elementar-Erhebungskosten, Kosten der Kreiskassen und der Steueraufsichts- und Fortschreibungsbeamten, die Remissionen in den östlichen Provinzen, für Anfertigung der Grundsteuer-Heberollen, zu Exekutions- und sonstigen Kosten) betragen 476,207 Thlr. Die Elementar-Erhebungskosten bei der Klassen-Steuer betragen 303,680 Thlr., bei der Gewerbe-Steuer 104,323 Thlr. Zu Belohnungen und Unterstützungen an Beamte sind 7800 Thlr. und zu Unterstützungen für Wittwen und Waisen 9200 Thlr. ausgesetzt. Außer diesen fortdauernden Ausgaben fallen dem Etat für die Verwaltung der direkten Steuern pro 1851 12,000 Thlr. außerordentliche Ausgaben, welche zur Erleichterung der Weinbergs-Besitzer in der Rheinprovinz bei der Grundsteuer-Entrichtung angewiesen sind, zur Last. — Dieser Posten von 12,000 Thlrn. findet sich auch in dem Etat pro 1850; er ist veranlaßt durch die in den Kammern früher mehrfach zur Sprache gebrachte Noth der Weinbergs-Besitzer in der Rheinprovinz. — Die oben erwähnten 7800 Thlr. und resp. 1400 Thlr., welche zu Belohnungen und Unterstützungen an Beamte und deren Wittwen und Waisen bestimmt sind, haben sich als unzureichend erwiesen. Es ist indessen Abstand genommen worden, schon pro 1851 eine Vermehrung dieser Fonds zu verlangen. (C. B.)

[Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten] zählt zur Zeit außer dem Minister folgende Beamte: 1 Unterstaatssekretär, 7 vortragende Räthe (von welchen 2 die Direktion der im Ministerium neuerdings wieder eingeführten beiden Abtheilungen führen), 12 Expedienten, 1 Chiffrirbüreau-Vorstand mit 6 Chiffreurs, 5 Beamte mit Einschluß des Vorstandes für die Registratur, 1 Rendanten der Legationskasse, 1 Kassensekretär, 1 Vorstand der Kanzlei mit 9 Kanzleisekretären, 1 Botenmeister, 10 Kanzleidiener und 5 Portiers und Hausdiener. Außerdem besteht noch ein Spezialbüreau des Departementchefs, in welchem 3 Beamte angestellt sind. — Der Gehaltsetat für diese Beamten incl. des Ministers, welcher 10,000 Rtl. Gehalt und 6000 Rtl. Repräsentationsgelder bezieht, beträgt im Ganzen 85,460 Rtl. Für extraordinäre Hülfsarbeiter sind im Etat 2000 Rtl. ausgesetzt, für Unterhaltung der beiden Diensthäuser des Ministeriums und des in demselben vorhandenen Mobiliar-Inventariums sind ebenfalls 2000 Rtl. ausgeworfen. (Reform.)

Der Abgeordnete zur ersten Kammer für den zweiten Oppelnschen Wahlbezirk (Neisse), geh. Finanzrath v. d. Beck, hat sein Mandat niedergelegt.

Am 19. d. M. kamen hier 328 Personen an und reisten 309 ab. Angekommen der königl. großbrittanische Kapitän und Kabinets-Kurier Haveland aus Wien, der franz. Legations-Attaché de Facoult aus Paris. Abgereist: der großh. mecklenburg-schwerinsche Staatsminister Graf v. Bülow nach Schwerin.

Dem Vernehmen nach wird die Residenz der Oberbehörden in den Hohenzollernschen Fürstenthümern so geordnet werden, daß die oberste Verwaltungsbehörde in Sigmaringen, die oberste Gerichts-Behörde in Hechingen ihren Sitz nehmen wird. (C. C.)

Hamm, 18. Dezbr., Nachmittags 3 Uhr. So eben erfolgte nach 7tägiger Verhandlung das Verdikt der Geschworenen gegen die Angeklagten des November-Kongresses in Münster. Sämmtliche Angeklagte wurden von den Geschworenen einstimmig freigesprochen. Die Anzahl der zu beantwortenden Fragen betrug 215. Die Anklage lautete theils auf Aufruhr, theils auf Hochverrath. Von den (ursprünglich 168) Angeklagten waren 16 anwesend, darunter auch der Hauptmann v. Mirbach, der bekanntlich wegen der Elberfelder Ereignisse bereits zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt ist. Eine große Theilnahme aus allen Gegenden Westfalens hatte sich wärhrend der Verhandlungen kundgegeben, und die Freude über diesen Ausgang des Prozesses war eine allgemeine. Bei dieser Angelegenheit mag noch erwähnt werden, daß Temme in seiner Disziplinarsache am Donnerstag, den 12. d. das Schlußverhör vor dem Präsidenten Lent in Hamm gehabt hat. (N. Z.)

Deutschland.

Kassel, 19. Dez., Abds. [Die Unterhandlungen und deren Resultat.] Die Exekutionstruppen schließen immer engere Kreise um unsere Stadt. Auf der frankfurter Straße sowohl wie auf der fuldaer sind sie bis auf eine Stunde von hier vorgerückt. Die Dörfer Nieder- und Oberzwehren, Rengershausen, Krumbach liegen voll von ihnen. Aus Rengershausen, fünf Viertelstunden von hier, sind heute früh die preußischen Husaren, welche dort lagen, abmarschirt. Wir erwarten heute Nachmittag ganz gewiß den Einmarsch der österreichisch-baierischen Vorhut. Es hieß anfangs, derselbe würde um 4 Uhr erfolgen, später erfuhr man, daß General Peucker geäußert, der Einmarsch werde um 6 Uhr Abends stattfinden, wenn bis dahin eine Unterwerfung der Behörden nicht erfolgt sei. Gegen 5 Uhr Nachmittags flog die Nachricht durch die Stadt, die Behörden hätten sich gefügt. Von allen Seiten ist mir diese Nachricht bestätigt worden und ich kann nicht an ihrer Wahrheit zweifeln. Ich bin aber heute noch nicht im Stande, die innere Entwickelung der Sache darzulegen, sondern muß mich darauf beschränken, das Thatsächliche zu berichten, soweit die bis jetzt mir möglichen Nachforschungen mich dazu in den Stand setzen. — Der General v. Peucker hat sich die äußerste Mühe gegeben, eine Transaktion zu bewirken, damit die Nothwendigkeit der Besetzung Kassels durch baierische Truppen vermieden werde. Drei Tage lang sind Unterhandlungen gepflogen worden. Gestern war man von Seiten des Ober-Appellations-Gerichts geneigt geworden, nachzugeben, wenn die Gewißheit vorliege, daß die beiden Kommissare im Namen sämmtlicher deutschen Regierungen hier wären, um die kurhessische Frage zur faktischen Entscheidung zu bringen. Darauf hin haben die Kommissare in Berlin und in Wien deshalb angefragt. Die Antwort scheint heute gleich Nachmittag hier eingetroffen zu sein. Nachmittags hat das Ober-Appellations-Gericht abermals eine Sitzung gehalten und zu derselben die Direktoren der obern Finanz-Behörden, wahrscheinlich auch noch einzelne ehemalige Ständemitglieder zugezogen. Da ist denn zuletzt der Beschluß gefaßt worden, dem Drängen des Generals v. Peucker nachzugeben und sich in die Steuerverordnung vom 4. Septbr. thatsächlich zu fügen, ohne dieselbe rechtlich anzuerkennen. Ich bin noch nicht im Stande, den Wortlaut der beschlossenen Erklärung anzugeben, dem Sinne nach aber lautet sie so: **Da die beiden Kommissare, Graf v. Leiningen und General von Peucker, in Vertretung sämmtlicher deutschen Regierungen hierher gekommen wären, um die Steuerverordnung vom 4. Sept. zur thatsächlichen Anerkennung zu bringen und daraus sich ergebe, daß keine deutsche Regierung die Sache des kurhessischen Volkes und seiner Behörden unterstütze, so wolle das Ober-Appellations-Gericht durch Erhebung des Stempels jene Verordnung einstweilen faktisch ausführen bis zur rechtlichen Entscheidung der ganzen Angelegenheit.**

Es ist mir jetzt noch nicht bekannt, ob mit dieser „rechtlichen Entscheidung" diejenige gemeint ist, welche die Olmützer Konvention den Dresdener Konferenzen vorbehalten hat, oder eine solche, wie sie unserer Verfassung entsprechen würde. Indeß ist das Erstere mehr als wahrscheinlich, da die Kommissare eine andere rechtliche Entscheidung in unsern Angelegenheiten, als die auf Grund der Olmützer Konvention, gar nicht anerkennen können. Auch darüber ist mir nichts Genaueres bekannt, ob die Kommissare auf die vom Oberappellationsgericht abgegebene Erklärung hin bestimmt versprochen, daß nun Exekutionstruppen in Kassel nicht einrücken sollten, oder ob sie die Zustimmung des Kurfürsten vorbehalten haben. Das Letztere wird mir von einer Seite versichert, mit dem Hinzufügen, daß binnen drei Tagen Antwort aus Wilhelmsbad eintreffen werde. Wahrscheinlich ist es jedoch nicht, daß sich das Oberappellationsgericht auf eine unbestimmte Zusage und auf die Bedingung der Zustimmung der kurhessischen Staatsregierung zu einer Erklärung, wie die abgegebene, sollte herbeigelassen haben. Als gewiß kann ich nur bezeichnen, daß General v. Peucker die Zusicherung ertheilt hat, die Exekutionstruppen würden nicht einrücken, daß er heute Nachmittag sofort nach dem Schlusse der Sitzung des

Oberappellationsgerichts Couriere abgeschickt hat, jedenfalls um den Einmarsch jener Truppen zu kontremandiren, daß die Preußen noch ruhig hier und die Oesterreicher und Baiern bis jetzt, wo ich dies schreibe (11 Uhr Abends) nicht eingerückt sind.

Der Schritt des Oberappellationsgerichts ist natürlich maßgebend für alle übrigen Behörden, wenn es auch zunächst die in Rede stehende Erklärung für sich allein abgegeben hat. In der ganzen Stadt war heute Abend das Gerücht verbreitet, an der Nachmittagssitzung des Oberappellationsgerichts und der Direktoren der Behörden hätten auch die Mitglieder des bleibenden Stände-Ausschusses Theil genommen. Da es sehr wahrscheinlich ist, daß dieses sehr allgemein für wahr gehaltene Gerücht in auswärtige Blätter übergeht, so halte ich es für angemessen, dasselbe als völlig ungegründet zu bezeichnen. Ein Mitglied jenes Ausschusses hat mir versichert, der Ständeausschuß sei weder eingeladen worden, noch irgend in der Lage gewesen, einer Einladung, wenn sie an ihn ergangen wäre, Folge zu geben. Dem bleibenden Ständeausschuß ist durch die Verfassung und die von der Ständeversammlung ihm besonders ertheilte Instruktion der Kreis seiner Befugnisse ganz bestimmt vorgezeichnet, und derselbe wird weder diesen Kreis überschreiten, noch jemals einer Erklärung beistimmen, welche der kommenden Ständeversammlung und dem Lande irgend Etwas vergiebt.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß, wie es heißt, morgen ein Bataillon Oesterreicher hier einrücken werde, jedoch nicht als Exekutionstruppen, sondern nur zu dem in der Olmützer Konvention bezeichneten Zwecke. Die Division Kurfürst-Husaren und die kurhessische reitende Batterie, welche während einiger Tage bei Nauheim gestanden haben, sollen heute bis in die Gegend von Gudensberg, drei bis vier Stunden von hier, vorgerückt sein, und morgen soll das kurhessische Garde-Regiment in Wabern, 6 Stunden von hier an der Frankfurter Straße, eintreffen. Wenn diese Nachrichten gegründet wären, so würde der Kurfürst bald nachkommen, und deshalb heißt es auch, seine Rückkehr werde schon übermorgen stattfinden. (D. A. Z.)

** **Kassel**, 20. Dez. [Die Entscheidung.] Die Unterhandlungen zwischen den Bundeskommissaren, welche sich später als Bevollmächtigte sämmtlicher deutschen Regierungen auswiesen und den hiesigen oberen Behörden, dauerten gestern ununterbrochen fort, ohne auch nur einen Schritt weiter zu kommen. Mit einem Male nahmen die Verhandlungen eine andere Wendung und das Ober-Appellations-Gericht gab folgende Erklärung ab:

„Das Ober-Appellations-Gericht erklärt sich bereit, bis zur demnächstigen definitiven Regulirung der kurhessischen Angelegenheit, der Verordnung vom 4. September d. J. Folge zu leisten."

Kassel, am 19. Dezember 1850.

Kurf. Ober-Appellations-Gericht.

Dieselbe Erklärung haben darauf das Obergericht, sowie die Finanzbehörden und Administrativbehörden abgegeben. Die Kunde von diesem Ereigniß wirkte wie ein elektrischer Schlag. Die Entrüstung unter den Bürgern ist groß. Während diese Verhandlungen andauerten, waren die Baiern bis in die nächstgelegenen Dörfer vor der Stadt, auf der Leipzig-Nürnberger und Frankfurter Straße vorgerückt. Heute Morgen um ½10 Uhr zog die erste Abtheilung, ein kleines Detachement Kavalerie und Infanterie zum Leipziger Thore ein und zum holländischen Thore hinaus. Die Leute frugen auf dem Wege nach „Marburg." Wenn das Gros der Armee dieser Vorhut entspricht, dann muß sie in einem gewaltig desolaten Zustande sein. Sie flößten eher Mitleid als Achtung ein. Es ist nun aber auch möglich, daß die Märsche bei so schlechtem Wetter, als wir es haben, die Leute und ihre Bekleidung so heruntergebracht hat. Später sind noch einige Bataillone eingerückt, aber sämmtlich in die nahe gelegenen Dörfer einquartirt worden.

** **Kassel**, 20. Dez. [Die Entscheidung.] Die Erklärung des Oberappellations-Gerichts, welche ich Ihnen bereits heute mitgetheilt habe, ist leider nur zu wahr. Wir würden uns eine Freude daraus machen, wenn wir unsere Mittheilung zurücknehmen könnten. Die Aufregung welche sie hervorgerufen hat, ist furchtbar, und kann noch die bedauerlichsten Folgen haben. Jedenfalls ist das damit erreicht, daß das Vertrauen des Volkes auf den obersten Gerichtshof des Landes total vernichtet ist. Der schlichteste Bürger sagt jetzt, das hätten die Herren früher sagen sollen, so hätten sie so viele Familien nicht erst ins Elend gestürzt. Doch wir wollen uns hier in keine Erörterungen über Rechtsfragen einlassen. Unsere Aufgabe ist ja nur, die einzelnen Thatsachen aufzuzeichnen, und sie als getreuer Chronikenschreiber der Geschichte zu überliefern, und dieser das Urtheil zu überlassen. Nur das müssen wir noch anführen, daß doch Jeder, welcher jetzt bereits ein Urtheil fällen will, das kurhessische Volk nicht mit sechszehn alten, deutschen, grämlichen Juristen verwechseln möge. Doch zur Sache. — Nach den mehrtägig stattgefundenen Unterhandlungen wurden alle Für und Wider, in folgende 2 Fragen formulirt: 1) ist anzunehmen, daß wenn die beiden hier anwesenden Kommissare ꝛc. Peucker und ꝛc. Leiningen offiziell erklären, auf den Grund der Olmützer Konferenz-Beschlüsse in Beziehung auf die dermalige kurhessische Angelegenheit und in Vertretung sämmtlicher Regierungen Deutschlands zu handeln, sie in dieser Hinsicht, als Organ des Gesammtwillens der deutschen Regierungen zu betrachten sind? — und 2) sind die von den beiden oben gedachten Kommissaren ausgehenden Erlasse, hinsichtlich der vorläufigen Regulirung der kurhessischen Angelegenheit, als verbindliche provisorische Normen anzusehen? — Beide Fragen wurden einstimmig bejaht, und hieraus ward nun der Schluß gezogen, da die Kommissare die Erhebung der Stempel und Steuern verlangen, ergo müssen wir uns fügen. Noch in diesen Tagen wird das Oberappellationsgericht eine Denkschrift veröffentlichen, worin die dermalige Entscheidung zu rechtfertigen versucht werden soll.

Dresden, 19. Dezbr. [Die Dresdener Konferenzen] werden zwar dem Vernehmen nach an dem von Preußen festgesetzten Termine noch nicht eröffnet werden, da eine Erledigung der Vorarbeiten bis dahin unmöglich sein soll, indeß werden die meisten diplomatischen Nationalvertreter bis zum 23. Dez. hier eingetroffen sein. Den österreichischen Premier erwartet man bereits morgen; doch ist es mit solchen Erwartungen nicht so genau zu nehmen. Auf jeden Fall soll der Beginn der Verhandlungen noch in diesem Jahre stattfinden. Die Nachricht von der Creirung Hassenpflug's zum Mitschöpfer des deutschen Einigungswerks hat natürlich hier Sensation gemacht. Man erinnert sich an den bekannten Brief eines preußischen aktiven Staatsministers an einen preußischen Deputirten und an „die Zerwürfnisse der widerwärtigsten Art" in der berliner Thronrede. Im Uebrigen aber läßt sich die große und allgemeine Neugier der Dresdener, Hrn. Hassenpflug, dessen Physiognomie man nur aus dem Holzschnitte der Illustrirten Zeitung kennt, einmal von Angesicht zu Angesicht zu sehen, nicht ableugnen. (D. A. Z.)

[Zweite Kammer.] In der gestrigen Sitzung wurde die Berathung des Preßgesetzes fortgesetzt und beendigt. Die §§ 27—38 wurden ohne Debatte einfach genehmigt und schließlich der ganze Gesetzentwurf mit 52 gegen 2 Stimmen angenommen. Die Kammer erledigte dann noch mehre andere Angelegenheiten.

Dresden, 21. Dezember. [Die Konferenz betreffend.] Gestern Abend ist der Abgesandte Hannovers zu den freien Konferenzen, Freiherr v. Münchhausen, hier eingetroffen und heute Mittag haben sämmtliche sächsische Minister seinen Besuch empfangen. Er ist der erste von den zu den Konferenzen angemeldeten Diplomaten, welcher hier eintrifft. — Morgen Vormittag wird Herr v. Manteuffel und Fürst Schwarzenberg erwartet, für welche Zimmer im Prinzenpalais in Bereitschaft gesetzt sind; auch werden ihnen königliche Equipagen und Diener zur Verfügung gestellt. Herr v. d. Pfordten hat seine Ankunft auf morgen Abend angemeldet; an dem Erscheinen Hassenpflug's wird noch gezweifelt und man hofft, daß der Kurfürst die Rücksicht nehmen werde, eine weniger kompromittirte Person zu seinem Vertreter zu wählen.

△ **München**, 19. Dezbr. [Tagesbericht.] Zu der heutigen Schwurgerichts-Verhandlung war der Andrang des Publikums ungeheuer, da sie einen interessanten Prozeßfall betraf, der eigentlich darüber entschied, ob nach Ansicht der Geschworenen der Bundestag noch zu Recht besteht oder nicht? Der Angeklagte, über Namen, Stand und Religion befragt, antwortet: Ich heiße Jakob Gothelf, bin ein Jude, geboren zu Klein-Nördlingen, in München als Rechts-Concipient und Redacteur des „Eilboten" wohnhaft. Die Thatsache ist folgende: Gothelf sagt in Nr. 108 des von ihm redigirten Blattes vom Bundestage: „Eilf Stimmen haben dem Rufe Oesterreichs Folge geleistet, eilf Stimmen haben den Volksverrath besiegelt, eilf Stimmen haben den Trug zum Rechtsprinzip gestempelt, eilf Stimmen traten Recht und Gesetz mit Füßen. ... Unter diesen eilf Stimmen sitzt eine Regierung, an deren Spitze ein ...... steht. ... Braucht es mehr nun, das Brandmal an den Tag zu legen, mit dem der Bundestag Deutschland beladet? ... Freut Euch nur in Eurem Palast zu Frankfurt, die Pfeile richten sich gegen Eure eigene Brust, wenn Ihr den Bogen losdrückt." ... In Nr. 115 schreibt der Angeklagte, „daß der Bundestag", „„der berühmte Kreis der Eilf"", die ..... Schritte der kurhessischen Regierung, statt davon zurückzutreten, noch immer mehr befestige, daß der Bundestag dem „„......"" Truppen leihe, um die Blutthat zu vollenden und der Bundestag mit Blut die Bahn bezeichnen wolle, die ihn wieder ins Leben führen soll." In Nr. 119 des „Eilboten" spricht Gothelf von der Usurpation, der Anmaßung des Bundestags, von dem Lügengewebe in der Eschenheimergasse, nennt dessen Zusammenkunft in Frankfurt eine Zusammenkunft von Schwarzkünstlern, und erwartet kein Heil für Deutschland ohne Katastrophe." Die Anklage findet in jedem der drei Artikel eine Beleidigung der baierischen Regierung durch Beimessung verächtlicher Handlungen und Gesinnungen, da die baierische Regierung am Bundestage vertreten sei, und beantragte das Schuldig. Von Seiten des Angeklagten und des Vertheidigers wurde die Ungültigkeit des Bundestages so schlagend nachgewiesen, daß der Staats-Anwalt am Ende nichts mehr dagegen vorzubringen wußte, und das Publikum, trotz der Ernsthaftigkeit des Gegenstandes, öfters in die größte Heiterkeit ausbrach. Die den Geschworenen vorgelegten 13 Fragen wurden sämmtlich verneint und der Angeschuldigte freigesprochen. Die baierische Staatsregierung, insbesondere Herr v. d. Pfordten, haben sich selbst den Stab gebrochen und erlitten somit die größte Niederlage, denn die Geschworenen haben durch ihren Wahrspruch bethätigt, daß in den Augen des Volkes der Bundestag nicht zu Recht besteht. — Von der Auflösung des ersten Armee-Corps haben Sie bereits vernommen. Sie ist eine Anerkennung der Olmützer Beschlüsse durch das baierische Staatsministerium und des Königs. Die österreichischen Gäste werden unsern Landleuten immer lästiger.

Hannover, 20. Dezember. [Die Dresdener Konferenzen betreffend.] Zu den Dresdener Konferenzen wird von hier als erster Bevollmächtigter der Minister v. Münchhausen gehen. Er bleibt aber nur kurze Zeit in Dresden, so wie vermuthlich auch die Staatsminister anderer Staaten nur bei dem Anfange der Konferenzen zugegen sind, so daß die eigentlichen Verhandlungen durch zweite Bevollmächtigte geschehen. Herr v. Münchhausen wird morgen nach Dresden abreisen. Als zweiter Bevollmächtigter ist der frühere Vorstand das Justizministeriums, Freiherr v. Schele, ernannt worden. Er geht übermorgen nach Dresden ab. Herr v. Schele ist bekannt als einer der wenigen Männer unseres Landes, welche mit den Bundesfragen vollkommen vertraut sind. Und Herr v. Schele genießt mit Recht den Ruf eines vollkommenen Ehrenmannes, der Muth und Charakter besitzt. Bei ihm kann man sich darauf verlassen, daß er die Instruktionen, welche ihm das Ministerium mit nach Dresden giebt, wie sie auch immer seien, gewissenhaft und treu erfüllen wird, wenn er sie einmal übernommen hat. Wir billigen daher vollkommen, daß man von Hannover einen festen Ehrenmann für die wichtige Mission nach Dresden auswählte, nicht eines jener unzuverlässigen Subjekte, die vor dem März 1848 streng königlich waren und nach dem März heftige Popularitätsjäger wurden, morgen aber nochmals zum absoluten Royalismus umsatteln würden, wenn der Uebertritt ihnen Vortheil verspräche.

Ueber die Resultate der nunmehr wieder aufgelösten Militär-Reduktions-Kommission hören wir, daß eine Ersparniß von 30,000 Rtl. bei der Kavallerie, 13,000 bei der Infanterie und 6000 bei der Artillerie empfohlen sei. Der Etat der Kavallerie-Pferde würde dann pr. Schwadron von 111 auf 101 reduzirt werden, so daß 240 Pferde in der Armee zum Wegfall kämen. (Niedersf. Z.)

Schwerin, 19. Dezbr. Dem Vernehmen nach ist Graf v. Bülow am gestrigen Tage nach Berlin gereiset, um mit dem dortigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten über die bevorstehenden Dresdener Versammlungen Rücksprache zu nehmen. Derselbe wird in diesen Tagen wieder hierher zurückkehren, um sich alsbald als Bevollmächtigter Serenissimi zu den Dresdener Ministerial-Konferenzen zu begeben.

Hamburg, 19. Dezbr. Die Mittheilungen, die der Bürgerschaft bei der Eröffnung der Raths- und Bürger-Convents-Sitzung durch den präsidirenden Bürgermeister gemacht wurden, sind der Erwähnung werth. Zuvörderst sprach derselbe das Bedauern darüber aus, daß die Union aufgegeben worden sei, doch könne man sich der Hoffnung hingeben, daß dennoch für den Norden Deutschlands ein engeres Zusammenhalten zu erlangen sein werde. Hierauf wurde der schleswig-holsteinischen Angelegenheit Erwähnung gethan und mitgetheilt, daß in Bezug auf die Forderung der Herzogthümer wegen Erstattung der Verpflegungskosten u. s. w., so weit sie Hamburg und Bremen betreffe, im Einverständnisse mit der Statthalterschaft die Entscheidung des Ober-Appellationsgerichts zu Lübeck abzuwarten sei.

Geestemünde, 17. Dezbr. Gestern haben das Kriegsdampfschiff der königl. Ernst August und die Fregatte Eckernförde zur Ueberwinterung in die Geeste gelegt. Eben daselbst befanden sich die Hansa und der Barbarossa.

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 18. Dezbr. Während in Folge der preußischen Rückberufungsordre mehrere hundert Mann (man darf die Zahl wohl auf 7—900 anschlagen) in den letzten Tagen hier durchgekommen sind, um sich nach ihrer Heimath zu begeben, — nicht wenige von denselben sind auch heute noch, wegen Mangels an ausreichenden Geldmitteln zur Rückreise in Hamburg geblieben und ein Theil derselben scheint wieder zur schleswig-holsteinischen Armee zurückkehren zu wollen — sind heute mit dem Morgenzuge wieder 80 Freiwillige (aus Westfalen u. s. w.) nach dem Norden abgegangen, um sich in unser Heer einreihen zu lassen. Daß dieses, sobald Frost eintritt, die nur zu lange ausgesetzten Operationen beginnen wird, unterliegt um so weniger einem Zweifel, da von der im Dienste der Reaktion stehenden Diplomatie, wie wir es an Kurhessens Beispiele sehen, doch auch gegen uns keine Gerechtigkeit, ja nicht einmal Billigkeit, zu erwarten ist und wir daher, wenn auch ganz auf unsere eigenen Kräfte angewiesen, doch die Dänen — komme darnach was da wolle — anzugreifen entschlossen sind. Auch ist es für unsern neuen General fast zur Nothwendigkeit geworden, das gegen Willisen gehegte Mißtrauen nicht auch gegen sich aufkommen zu lassen und dem Verfalle der Disziplin, der wie bei jedem Heere so auch bei dem unserigen im Gefolge der Unthätigkeit erscheinen muß, vorzubeugen. (Weser-Z.)

Oesterreich.

* **Wien**, 21. Dezember. Der Minister-Präsident Fürst Schwarzenberg ist heute Morgen mit dem Posttrain zur Konferenz nach Dresden abgereist in Begleitung vom Ministerialrath Baron Thiery, Hofkonzipisten Buhl und Ministerial-Konzipisten Braun und Hofmann.

Frankreich.

× **Paris**, 19. Dez. [Tagesbericht.] Das große Ereigniß des Tages ist die Designation eines legitimistischen Komitees, in welchem Herr Berryer den Vorsitz führt.

Schon gestern zirkulirte in der National-Versammlung das Gerücht, der Graf Chambord habe an Berryer geschrieben, die legitimistische Partei gegen die Dotation des Präsidenten stimmen zu lassen; gleichzeitig soll der Prätendent eine Abschrift des Briefes an Herrn St. Priest geschickt haben, auf dessen Festigkeit er mehr bauen kann, als auf die Versöhnlichkeit Berryers. Die Wahrheit dieses Gerüchts ist zwar noch nicht bestätigt; jedenfalls aber ist gewiß, daß die Legitimisten sich dazu vorbereiten, das Dotationsprojekt zu bekämpfen; dasselbe wird Anfangs Januar eingebracht werden.

Das oben erwähnte Komitee, heißt es nun, sei bestimmt, wie jenes durch das Manifest Barthelemy berüchtigt gewordene, die Politik des Grafen Chambord zu dirigiren. Von den in dem Wiesbadener Manifest genannten 5 Komitee-Mitgliedern sind vier in das neue Komitee gewählt worden, welches aus 12 Mitgliedern besteht; nur der Herzog von Levis ist ausgeschlossen. — Nach dem „Journal des Debats" hat der Graf Chambord folgende 12 Mitglieder designirt: Berryer, den Herzog von Noailles, Falloux, Benoist d'Azy, Vatimesnil, General von St. Priest, Sauvaire-Barthelemy, den Herzog von Clermont-Tonnere, den Herzog von Valmy, von Raineville, den Marquis von Pastoret und den Herzog des Cars.

Die Legitimisten läugnen nicht die Konstituirung dieses neuen Komitees, aber sie behaupten, es handle sich nur um ein konsultatives, aber nicht um ein dirigirendes Komitee. Diese Unterscheidung erscheint zu subtil.

Unterdeß macht der Präsident der Republik jetzt gerade alle möglichen Anstrengungen zur Versöhnung. Bei dem Diner, welches ihm Mittwoch von dem Präsidenten der National-Versammlung, Herrn Dupin, gegeben worden, und dem auch das diplomatische Korps, so wie Repräsentanten aus allen Nüancen der gemäßigten Partei beiwohnten, brachte Bonaparte einen Toast aus auf die Eintracht der Staatsgewalten, und in den Worten, mit denen er dies ausführte, proklamirte er die Nothwendigkeit, die Einigkeit zwischen der legislativen und der Exekutivgewalt aufrecht zu erhalten, da Frankreich sonst der Gefahr ausgesetzt sei, von der Anarchie zerrissen zu werden. — Diese Rede ist ein neuer Beweis von der Gewandtheit Bonaparte's, wenn er öffentlich zu reden hat.

Das „Evenement" schreibt: „Fast sämmtliche Mitglieder der Majorität sind in den letzten Tagen successiv zum Diniren in das Elysée eingeladen worden. Die Invitationskarten waren folgendermaßen abgefaßt: „Herr N. N., Volks-Repräsentant, wird benachrichtet, daß er zum Diner bei dem Herrn Präsidenten der Republik an diesem Tage, um diese Stunde, erwartet wird. Oberst Edgar Ney." — Ein Repräsentant, überrascht von dem imperialistischen Ton dieses Zirkulärs, soll dem Präsidenten sofort folgende Antwort geschickt haben: „Herr Präsident! Man übergiebt mir eine Karte Seitens des Hrn. Edgar Ney, in welcher mir versichert wird, daß ich zum Diner in dem Elysée erwartet würde. Ich bedaure lebhaft, nicht kommen zu können, da ich nicht eingeladen bin."

Provinzial-Zeitung.

—e. **Breslau**, 20. Dezember. [Israelitisches Handlungsdiener-Institut. Vorträge über die Geschichte Nord-Amerika's.] Nachdem Hr. Friedmann in den ersten 5 Vorträgen die Ereignisse und Erscheinungen auf rein geistigem sowohl als staatlichem Gebiete, welche die neue Zeit überhaupt vorbereiteten, und die Entdeckung Amerika's insbesondere anbahnten, wie die Restauration der klassischen Wissenschaften, vornehmlich durch die flüchtigen griech. Gelehrten, den Einfluß der Philosophie (namentlich des Aristotelismus), die Erfindung der Buchdruckerkunst u. s. w. mit kurzen Umrissen geschildert hatte, ging er auf die Entdeckung Amerika's selbst und die Geschichte der Kolonien über. Der Vortrag, sich ganz in objektiver Weise haltend, umfaßte nicht nur die äußere staatliche Entwickelung, sondern auch das gesammte Volksleben, wie es sich in Wissenschaft und Kunst, in Sitte und Religion, in Handel und Verkehr auf nationaler, klimatischer und historischer Basis entfaltete; und behandelte die Geschichte der Kolonien mit stetem Rückblick auf ihr Verhältniß zum Mutterlande und dessen politische, geistige und religiöse Entwickelung. Nach Erwähnung der Gründung von Maryland (durch Lord Baltimore), Virginiens und der andern nördlichen Kolonien, woselbst aber Klima, wilde Menschen und Thiere sehr feindlichen Einfluß, oft bis zur gänzlichen Vereitelung der Versuche, übten, die auch durch patriotisch-aufopfernde Bestrebungen der engl.-amerikanischen Gesellschaften zu London und Plymouth, und ausschweifende Handelsberechtigungen von Seiten der Könige schwer aufgewogen werden konnten, mit welchen diese Gesellschaften noch oft genug wegen des sich in ihnen konzentrirenden Liberalismus selbst in Streit geriethen, mußte der Blick jetzt, bevor die Geschichte der puritanischen Kolonien mit Verständniß erfaßt werden konnte, auf die Entstehung dieser Sekte und damit auf die englische Kirchenumwälzung gerichtet werden. Eine der Hauptquellen war die Streitfrage über die höchste Gewalt. Als ecclesia pressa hatte die christliche Kirche wenig oder gar nicht von dem schlechthin verdammten irdischen Staate Notiz genommen, bis ihr mit der Macht zur Herrschaft auch die Lust gekommen war. Hiermit war der Grund zu dem wenigstens faktisch bis heut noch nicht vollendeten Streit zwischen oberster Kirchengewalt und Staatsgewalt gegeben. Die Papisten vindizirten das „oberste Schwert" dem Papst, und ließen die weltliche Gewalt in der Hand des deutschen Kaisers — schmeichelhaft genug für Deutschland — als seines „Armes", oder als Mond neben der Sonne gelten, während die Gegner von einer Herrschaft des Papstes über den Staat nichts wissen wollten. In offne Flammen brachen diese Streitigkeiten namentlich in der Reformation aus. Zu gleicher Zeit, als hier Luther die Befreiung der Gewissen und der Staaten von der päpstlichen Macht zu erkämpfen begann, war auch in England der Tag gekommen, wo jenes Joch gebrochen wurde, freilich nur, um vom Volk mit einem andern, wenn auch einheimischen, vertauscht zu werden. Mannigfache Umstände bereiteten die Bewegung vor. Heinrich VIII. saß auf dem Throne. Gewissensbisse mußten auch diesem der Theologie eifrig beflissenen Könige den Vorwand leihn, sich von seiner Gattin, Katharina von Arragonien, zu trennen, während er nur aus Leidenschaft zu der „schönen Anna" Bolein der Ueberlästigen los werden wollte, und sich erinnerte, daß sie seines verstorbenen Bruders Artur Wittwe gewesen. Doch zur Trennung war Dispens vom Papst nothwendig; dieser aber schwer zu erlangen, denn Katharina war Karls V., des Beschützers des päpstlichen Stuhles, Schwester. Als nun der Papst Clemens VII nicht willfährig genug sich zeigte, riß sich Heinrich VIII. von Rom los, und er, der vor Kurzem noch gegen Luther aufgetreten war, hob die Klöster auf und begründete die anglikanische Kirche, die, obwohl von Rom unabhängig, sich doch nicht in ihrem Geiste noch Gebräuchen, sondern nur darin von der römischen Oberherrschaft unterschied, deu hier eine Person König und Papst zugleich war, und die an seiner Vollgewalt Zweifelnden noch strengere Strafen bedrohten, denn wie hätte sich wohl ein Mann, wie Heinrich VIII., mit den Prinzipien des Protestantismus befreunden können?

(Die nächste Vorlesung findet wegen der bevorstehenden Feste erst Donnerstag den 2. Januar 1851 statt.)

Frankenstein, im Dezbr. [Kranken-Anstalt.] Sie wissen, daß der am 23. Jan. 1843 verstorb. hies. Stadt-Kämmerer Tschirsch in seinem Testamente bestimmte: „daß von seinem Vermögen, wenn dasselbe zu dem Zwecke ausreichen sollte, in seiner Vaterstadt Frankenstein ein Kranken-Institut nach den Regeln der barmherzigen Brüder etablirt, von den Mitgliedern des barmherzigen Klosters zu Breslau administrirt, und so lange als Tochter-Kranken-Anstalt versorgt werden soll, bis dasselbe durch günstige Zeitverhältnisse als eine Mutter-Anstalt für sich selbst und unabhängig bestehen kann ꝛc." Nach landesherrlicher Genehmigung übernahm das Kuratorium den Nachlaß, es wurden seither die nöthigen Gebäude erbaut und am 3. Dezbr. d. J. erfolgte die Uebergabe desselben sammt Utensilien an den Orden. Es wäre nicht möglich gewesen, den Bau so schnell zu Ende zu führen und mit dem aufgewendeten Kapital von 20—21 Tausend Thaler auszureichen, wenn nicht durch Wohlthäter von nah und fern das Unternehmen auf das Thätigste unterstützt worden wäre. (Hausfr.)

Mannigfaltiges.

— (Berlin.) Die Royal Society of Arts in London, deren Vorsitzender Prinz Albert ist, hat den hier lebenden Dr. Ed. Stolle zum korrespondirenden Mitgliede ernannt. Es ist diese Ernennung bemerkenswerth, da sie zum ersten Mal bei einem Deutschen erfolgt; der Anlaß im betreffenden Falle dürfte in der Erfindung des Dr. Stolle, welche das Verfahren der Darstellung des Zuckers wesentlich vereinfacht, zu suchen sein. Die Erfindung hat in Westindien vielfach Anwendung gefunden, und die günstigsten Resultate ergeben.

— (Posen.) Die im hiesigen Uhrmachergeschäft der Frau Wittwe Bitterlich zur Ansicht des Publikums ausgestellte, von deren Werkführer Trauzettel gefertigte, elektro-magnetische Uhr, empfiehlt sich sowohl durch die Einfachheit des Mechanismus, als durch die in die Augen springenden Vortheile, die sie darbietet. Aus einer an passender Stelle aufgestellten einfachen Batterie, zu deren Unterhalt täglich etwa 1 Sgr. nothwendig ist, gehen die Leitungsdrähte durch die Uhr und setzen durch Anziehen und Abstoßen das geringe Räderwerk in Gang. Damit dieser ein durchaus regelmäßiger bleibe, stehen die Leitungsdrähte mit dem Pendel einer regelmäßigen Uhr derartig in Verbindung, daß die Zeiger beider Uhren auf Minute und Sekunde nothwendigerweise übereinstimmen müssen. Es ist ersichtlich, daß man auf diese Weise sämmtliche Uhren einer Stadt genau nach dem Gange einer Normaluhr einrichten, und sie, vermittelst der elektrischen Telegraphen, mit denen der Hauptstadt in Verbindung setzen könnte. Erwägt man den unendlichen Nutzen einer bis auf die Sekunde richtig gehenden Uhr, und bringt dabei die Reparaturkostenersparniß und das Unangenehme des unaufhörlichen Aufziehens in Anschlag, so kann man nur wünschen, daß die elektro-magnetischen Uhren, wie anderwärts schon geschehen ist, bei uns allgemeiner würden. (Pos. Z.)

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Berlin, 21. Dez. Daß die Deutschen selbst in fernen Welttheilen immer der heimischen Gewohnheit treu bleiben, zeigt eine bei einem Magdeburger Hause aus Cincinnati eingegangene große Bestellung auf — Cichorienkaffee. Der Auftraggeber schreibt: Den Deutschen im Ohiostaate sei der reine Kaffee zu stark, sie könnten ihn nicht vertragen, und verlangten dringend die Beschaffung von Cichorienkaffee, für welchen Artikel ein gutes Geschäft in Aussicht stehe. (CB.)

Nach den neuesten statistischen Erhebungen besitzt Frankreich in seinen Fabriken, auf seinen Eisenbahnen und Handelsfahrzeugen 6432 Dampfmaschinen, welche eine Kraft von 110,178 Pferden oder 330,535 Zugpferden repräsentiren. Davon kommen 5607 auf Fabriken verschiedener Art, die durch 9288 Kessel in Bewegung gesetzt werden und von denen 8776 in französischen Werkstätten gearbeitet sind. Insgesammt hatten diese eine Kraft von 65,120 Pferden, d. i. von 195,361 Zugpferden oder von 1,367,530 Arbeitsleuten. Im vorigen Jahr war die Zahl der Kessel nur 8023 in 4033 Etablissements. Die Eisenbahnen, deren Länge 2171 Kilometres beträgt, hatten 725 Lokomotiven; im vorigen Jahre nur 667.

Die Dampfschiffe der Handelsmarine, in Summa 279 mit 40,098 Tonnen, hatten 502 Maschinen mit einer Gesammtkraft von 22,893 Pferden. Die Zahl der Schiffe und der Waaren, welche durch dieselben transportirt wurden, sind von Jahr zu Jahr gestiegen, wie folgende Uebersicht erweist.

			durch welche befördert wurden:	
1833	gab es 75 Dampfsch.,	1,038,916 Passag.	u. 88,140 Ton. Waaren.	
1840	„ 211 „	2,547,116 „	485,539 „	„
1845	„ 259 „	3,461,336 „	696,666 „	„
1850	„ 279 „	2,808,886 „	730,948 „	„

Offenbar ist die Verminderung der Passagiere in dem letzten Jahre nur eine Folge der größeren Anzahl Eisenbahnen, auf denen die Reise von den Passagieren natürlich vorgezogen wird. (C. C.)

Fremden-Liste von Zettlitz's Hôtel.
Lieut. v. Niebelschütz aus Winzig. Volontär Graf v. Hochberg aus Berlin. Graf v. Pückler aus Schweidnitz. Graf v. Frankenberg aus Berlin kommend. Herr v. Maltitz aus Sachsen. Kaufmannsfrau Schneider aus Reichenberg. Kaufm. Büttner aus Stettin. Dr. Hartmann aus Dresden.

Markt-Preise.

Breslau am 23. Dezember 1850.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	54	52	50	48	Sgr.
Gelber dito	53	51	50	48	„
Roggen . . .	42	41	39	37	„
Gerste . . .	29	27	26	25	„
Hafer . . .	23	22	21	20	„
Rothe Kleesaat	11½	11	10¼	8—9	Rtl
Weiße Kleesaat	—	10	9	7—8	Rtl
Spiritus . .	7⅓ Rtl. Gld.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Börsenberichte.

Berlin, 21. Dezember. Die Course mehrerer Effekten, namentlich Potsdam-Magdeburger, Düsseldorf-Elberfelder, Oberschlesischer und Rheinischer Eisenbahn-Aktien erfuhren heute eine erhebliche Steigerung, während die meisten übrigen sich gut im Preise behaupteten: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Aktien wieder niedriger.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 95¾ bez. und Br., Priorität 5% 102½ Gld. Krakau-Oberschlesische 4% 63 Br., Priorität 4% — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 31 à 30⅜ bez., Priorität 5% 96 Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 80½ bez. und Br., Priorität 4% 93¼ à ½ bez., Priorität 5% 102¼ bez., Serie III. 5% 101½ bez. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% — — Oberschlesische Litt. A. 3½% 110½ à 111½ bez., Litt. B. 3½% 106 bez. und Gld. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 104¾ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½% 83¾ à ½ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 121 Br. Posener Pfandbriefe 4% 100 Br., 3½% 89¼ Br. Preußische Bank-Antheile 94¼ à ¾ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94½ Gld., neue 4% 94 Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 80 bez. und Br., à 300 Fl. 139 Br.

Wien, 21. Dezember. Bei unbelebtem Geschäfte waren Fonds und Aktien etwas matter und sind Metall. etwas zurückgegangen. Comptanten und Wechsel beinahe unverändert. London etwas niedriger, Paris und deutsche Plätze etwas begehrter. Auch heute fanden Transaktionen im lombard. Anlehen statt.

5% Metalliques 94¼, 4½% 81¾; Nordbahn 113¾: Hamburg 2 Monat 194½; London 3 Monat 12. 43.; Silber 131½.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.